

# Wohnraum nur für Reiche – Ist bezahlbarer Wohnraum eine Luxusware?

Warum die Mieter der Nassauischen Heimstätte  
Wohnstadt ihre Wohnungen im Eigentum des  
Landes Hessen belassen wollen

Veranstaltung Donnerstag, 13. September  
19 Uhr **Studierendenhaus** Campus Bockenheim

## Einführung

Cornelia Walther  
Mitglied im Beirat Wohnungswirtschaft NH\*

## Moderation

Dr. Sebastian Schipper  
AK Kritische Geographie

## Diskussion mit

Peter Feldmann  
OB Frankfurt  
Mitglied im Aufsichtsrat NH\*

Prof. Dr. Hans See  
Politikwissenschaftler für Sozialpolitik

Bernhard Stöver  
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrates NH\*  
Arbeitnehmervertreter

Kai Klose  
Abgeordneter im Hessischen Landtag-  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Hermann Schaus  
Abgeordneter im Hessischen Landtag  
DIE LINKE

\* Unternehmensgruppe  
Nassauische Heimstätte Wohnstadt

## Veranstalter und Kontakt

Mieterinitiative Nassauische Heimstätte-  
Brunhilde Fahr | 63477 Maintal  
brunhilde-fahr@web.de

Stadtteil  Büro

Initiative Zukunft Bockenheim e.V.

www.zukunft-bockenheim.de  
Anette Mönich | 60487 Frankfurt  
kontakt@zukunft-bockenheim

Montag - Samstag 8.00 Uhr - 22.00 Uhr für Sie geöffnet

## Wohnen ist Menschenrecht

Art 1 (1) Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.

Art 14 (2) Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.

Art 20 (1) Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.

Der Zuzug von Menschen in die Ballungsräume nimmt zu. Die Wohnungsknappheit wird zur Wohnungsnot. Während Luxuswohnungen reichlich vorhanden sind gibt es immer weniger Wohnraum für Menschen mit unteren und mittleren Einkommen. Hart betroffen sind Familien, Studenten, Rentner. Verdrängungsprozesse nicht nur aus städtischen Quartieren sind die Folgen. Bund, Land und Kommunen haben die Verantwortung für die Versorgung der Menschen mit Wohnraum. Im Land Hessen steht die Verabschiedung eines neuen Wohnraumförderungsgesetz bevor.

## Nassauische Heimstätte Wohnstadt bleibt in öffentlicher Hand und dafür gibt es gute Gründe

**Wie gelingt es der Nassauische Heimstätte die Mieten niedrig zu halten und soziale Mischung und ein gutes Wohnumfeld zu sichern? Geht „Miete ohne Rendite“?**

Der aktuelle Wohnungsbestand beläuft sich auf 62000 Wohnungseinheiten in 148 Hessischen Kommunen, davon 16 000 Wohnungen in Frankfurt. Die „Nassauische“ nimmt ihren gesellschaftlichen Auftrag, Wohnraum zu schaffen und Menschen mit mittleren und niedrigen Einkommen mit Wohnraum zu versorgen und das Recht auf eine Wohnung zu realisieren, sehr ernst und erfolgreich wahr: Die Durchschnittsmiete liegt aktuell bei 5,13 Euro/qm. Etwa 45 % der Mieter sind über 60 Jahre alt. Das durchschnittliche Haushaltseinkommen der Mieter liegt bei 1.450,00 Euro pro Wohneinheit (Stand 2011). Der Anteil der Mieter mit Migrationshintergrund beträgt 32 %. Etwa 50 % der Mieter sind Transfermittelbezieher wie Grundsicherung, Wohngeld und Hartz IV.

**Die Zufriedenheit der Mieter der „Nassauischen“** mit ihrer Wohnung, deren Leistungen und der Fürsorge der Wohnungsbau-gesellschaft ist groß. Im Alltag und auch in sozialwissenschaftlichen Befragungen zeigen die Mieter ihre Wertschätzung, loben den Service und den sozialen Umgang bei Problemen mit Mietzahlungen. Der Gesellschaftsvertrag der Nassauischen Heimstätte sieht eine 4%-ige Dividendenbeschränkung auf das Stammkapital vor. Das ist nicht wirklich was für Heuschrecken, sichert aber Mittel für Modernisierung des Bestands und Finanzmittel für den Bau von neuen Wohnungen.

**Privatisierung von Wohnungsbeständen fördert Verdrängung**  
Beim Verkauf von Wohnungen aus öffentlichen Beständen

an Immobilienkonzerne machen Mieter immer wieder die Erfahrung, dass Mieterhöhungen und Verdrängung die Folgen dieser Verkäufe sind: Wie sonst sollen die Millionen, die für den Erwerb der Wohnungen gezahlt wurden auch erwirtschaftet werden? Vor allen Dingen werden Wohnungen, die durch Gelder von Steuerzahlern entstanden sind und erhalten wurden, zugunsten kurzfristiger Einnahmen privatisiert und der Bevölkerung nachhaltige und gemeinsam finanzierte Wohnungsbestände genommen. Neben den Genossenschaften, die die Mieten ebenso stabil halten, weil sie ihre eigenen Mitglieder mit Wohnungen versorgen, sind Wohnungen in öffentlicher Hand die Garanten für eine Versorgung von vielen Menschen mit günstigem Wohnraum. In den letzten Jahrzehnten hat sich der Öffentliche Wohnungsbau rapide im Abwärtstrend bewegt. Die Hoffnungen waren auf den Markt gerichtet, der es richten sollte. Die Aktivitäten im Wohnungsbau der Privatwirtschaft konzentrieren sich auf das Schaffen von teuren Wohnungen. Selbst die FAZ titelte in der Sonntagszeitung: „Reiche bauen für Reiche.“ Wir Bürger sind zu über 70 % Mieter und setzen uns aktiv für eine Wohnungsbaupolitik in öffentlicher Hand ein, die Wirtschaftlichkeit mit sozialen Prinzipien verbindet.

**Entmischung, Verdrängung, Ghettoisierung** führt zu Entwurzelung und fördert sozialen Konfliktstoff und erfordert dann wieder staatliche Hilfen. Wenn gewachsene Vielfalt erhalten und ausgebaut wird, können soziale Strukturen und Nachbarschaft wachsen – bleibt und wächst Heimat und Vertrauen der Menschen untereinander. Wir brauchen eine Wohnungspolitik die diesen gesellschaftlichen Notwendigkeiten gerecht wird.